

KONJUNKTURREPORT

18. Jg., Ausgabe 4, Dezember 2018

Außenwirtschaftlicher Gegenwind wird stärker

Das Wachstum der **Weltwirtschaft** hat sich zuletzt abgeschwächt. In vielen Ländern ist die Arbeitslosigkeit bereits niedriger als vor der Weltwirtschaftskrise, sodass Arbeitskräfteknappheiten die Expansion bremsen. Vor allem aber werden die außenwirtschaftlichen Risiken größer. Ein geordneter EU-Austritt des Vereinigten Königreichs ist keinesfalls gesichert, und der Handelskonflikt zwischen den USA und China eskaliert immer mehr. Der Welthandel expandierte im Sommer kaum noch. Dies alles hat dazu beigetragen, dass das ifo Weltwirtschaftsklima im vierten Quartal zum dritten Mal in Folge zurückging. Der Indikator sank in den Schwellen- und Entwicklungsländern sowie im Euroraum. Die OECD und der Internationale Währungsfonds haben jüngst ihre Prognosen für das Weltwirtschaftswachstum gesenkt.

In den **USA** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2018 um 0,9 %, nach 0,5 % bzw. 1,0 % in den ersten beiden Quartalen. Stimuliert wird die Konjunktur durch die expansive Fiskalpolitik, die aber zu einem weiteren Anstieg der hohen Staatsverschuldung führt. In **Japan** ging die Wirtschaftsleistung zwischen Juli und September um 0,3 % zurück, nach einem Rückgang um ebenfalls 0,3 % zu Jahresbeginn und einem Wachstum um 0,8 % im zweiten Quartal. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal um 1,6 %. Im Vorjahresvergleich schwächte sich das Wachstum von 6,8 % im ersten auf 6,7 % im zweiten und 6,5 % im dritten Quartal ab. Im **Euroraum** hat sich das Expansionstempo von jeweils 0,4 % in den ersten beiden Quartalen auf 0,2 % im dritten Quartal verringert. In der gesamten **EU** ging das Wachstum von 0,4 % und 0,5 % im ersten bzw. zweiten Quartal auf 0,3 % in den Sommermonaten zurück. Verantwortlich dafür war hauptsächlich ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,2 % in Deutschland. Dies ist vor allem auf eine temporäre Schwäche in der Automobilindustrie im Zusammenhang mit Verzögerungen bei der Umsetzung neuer Abgastests zurückzuführen.

In Italien ging die Wirtschaftsleistung ebenfalls leicht zurück, während die Expansion in Spanien und Frankreich sowie im Vereinigten Königreich robust war.

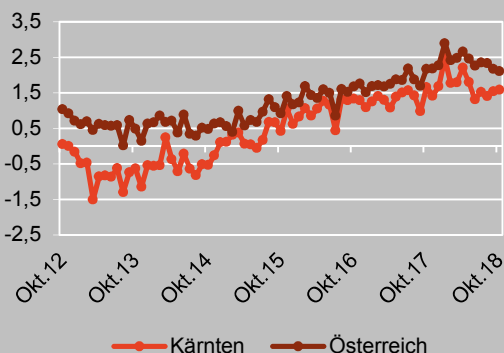
In **Österreich** verringerte sich das Wachstum des saisonbereinigten BIP (Trend-Konjunkturkomponente) von 0,8 % bzw. 0,6 % in den ersten beiden Quartalen auf 0,5 % im dritten Jahresviertel. Der Konsum blieb die Konjunkturstütze. Auch das Wachstum der Investitionen blieb kräftig, gab aber im Vergleich zum Vorquartal nach. Da wegen der geringeren Investitionstätigkeit auch die Importe weniger stark ausgeweitet wurden, trug der Außenhandel bei anhaltend lebhafter Exporttätigkeit weiterhin zum Wirtschaftswachstum bei. Entstehungsseitig setzte sich die Verlangsamung des Produktionswachstums in der Industrie fort. War die Wertschöpfung hier in den ersten beiden Quartalen noch um 1,4 % bzw. 1,0 % ausgeweitet worden, wurde sie im Sommer nur noch um 0,6 % gesteigert. Im Bereich Beherbergung und Gastronomie blieb die Expansion sehr kräftig, während sie im Handel etwas nachließ. Alles in allem trotz der Konjunktur in Österreich bisher dem rauerem weltwirtschaftlichen Klima.

Im Wirtschaftsbericht 2017/2018 hat das KIHS beschrieben, dass **Kärnten** im Jahr 2017 mit rund 4 % das stärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer in Österreich erzielte. Gemäß einer Veröffentlichung von Statistik Austria vom 4.12.2018 belief sich das Wachstum in Kärnten sogar auf 4,5 %. Gleichwohl ist der von der Industrie getragene Aufschwung auch in Kärnten nach wie vor intakt. Der Produktionsindex für den produzierenden Bereich war im Durchschnitt der Monate Jänner bis Juli um 12,4 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (Bundesdurchschnitt: 6,3 %). In der Sachgütererzeugung stieg die Produktion in Kärnten um 10,0 % und in ganz Österreich um 6,3 %. In der Bauwirtschaft war das Produktionswachstum in Kärnten (9,4 %) und in ganz Österreich (8,8 %) ähnlich stark. Das KIHS geht davon aus, dass die Konjunkturdynamik in Kärnten im laufenden und dem kommenden Jahr im Einklang mit der bundesweiten Entwicklung etwas nachlassen dürfte. Gleichwohl sollte die Arbeitslosigkeit weiter sinken.

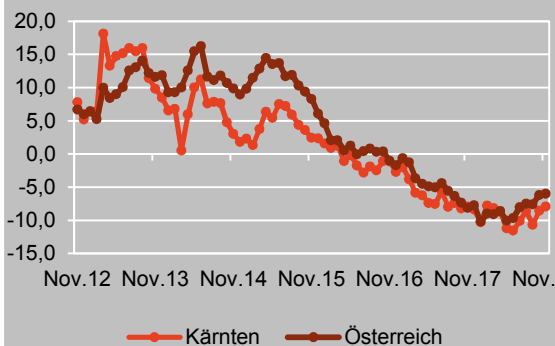
Klaus Weyerstraß

Unselbständig Beschäftigte

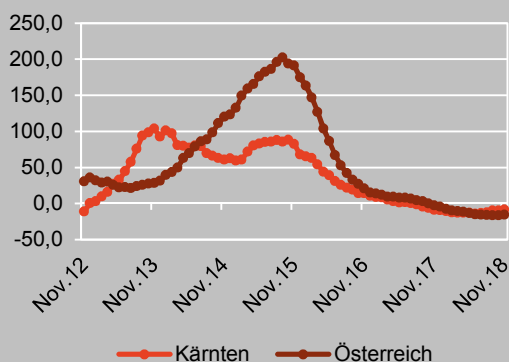
Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Vorgemerkte Arbeitslose**

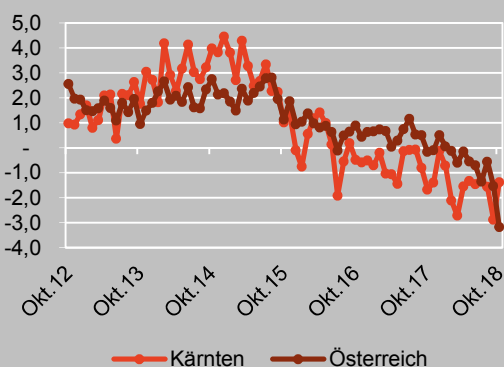
Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Langzeitarbeitslose**

Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Geringfügig Beschäftigte**

Veränderung zum Vorjahreswert in %

**Aktuelles vom Arbeitsmarkt**

Die konjunkturelle Entwicklung hat ihren Höhepunkt bereits überschritten, am Arbeitsmarkt dominieren aber weiterhin die positiven Nachrichten. So sank im November die Arbeitslosigkeit österreichweit, verglichen mit November 2017, um 6,9 %, dennoch sind 376.636 Personen arbeitslos gemeldet bzw. in Schulung. Rückgänge gibt es in allen Bundesländern, Branchen, Altersstufen und Ausbildungsniveaus. Am stärksten ausgeprägt ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Gruppe der 15-24 Jährigen (-9,8%), am geringsten bei den über Fünfzigjährigen (-2,5%). Bei den Österreicherinnen und Österreichern sank die Arbeitslosigkeit um 8,5%, während sie bei Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lediglich um 0,2% abnahm. Männer (-7,8%) profitieren von der aktuellen Entwicklung am Arbeitsmarkt stärker als Frauen (-3,8%). Auch für Personen mit Behinderungen gibt es eine positive Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen (-2,3%), allerdings ist dieser Rückgang unterdurchschnittlich. Alle Bundesländer verzeichnen eine niedrigere Arbeitslosigkeit: Die stärksten Rückgänge (inkl. Schulungsteilnehmer) gibt es in Tirol (-9,7%), Kärnten (-8,9%) und Oberösterreich (-8,8%). Die Bauwirtschaft (-8%), der Bereich der Warenproduktion (-7,2%), das Gesundheits- und Sozialwesen (-6,9%) und der Handel (-6,7%) weisen überdurchschnittliche Rückgänge auf.

Im kürzlich erschienenen *Economic Outlook* stellt die OECD der österreichischen Arbeitsmarktpolitik ein gemischtes Zeugnis aus. Um Arbeits- und Familienleben besser vereinbaren zu können, sollten weitere Maßnahmen, wie z.B. Ineffizienzen im Bildungs- und Gesundheitswesen und der öffentlichen Verwaltung, gesetzt und die dadurch frei werdenden Mittel für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik verwendet werden. Der Fachkräftemangel werde durch Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften und einer Zunahme der Erwerbsquoten von Frauen und Älteren gelindert. Allerdings sind die Hindernisse für Vollzeitbeschäftigung von Frauen nach wie vor beträchtlich und mitverantwortlich für das teilweise oder gänzliche Ausscheiden aus der Beschäftigung nach einer Geburt.

Die günstige Lage am Arbeitsmarkt erklärt auch das Zurückdrängen von Teilzeitjobs zugunsten von Vollzeitjobs. Seit der Krise 2008 wurden zwar laufend neue Arbeitsplätze geschaffen, diese waren jedoch überwiegend Teilzeitjobs. Seit Jahresbeginn zeigt sich ein gegenläufiger Trend. Mit dem Abschwächen der konjunkturellen Entwicklung im nächsten Jahr könnte der aktuelle Trend in Richtung Vollzeitjobs wieder zum Erliegen kommen.

Norbert Wohlgemuth

Kommentar: 83 Mio. Euro

Das Kärntner Landesbudget für das Jahr 2019 sieht eine Neuverschuldung in dieser Höhe vor. Angesichts der Schäden, die das Sturmtief Vaia hinterlassen hat, wird das Loch in der Landeskassa im nächsten Jahr wohl noch größer ausfallen.

„Grundlage für unsere Ziele bildet ein solider und gesunder Landeshaushalt. Die Sozialdemokratische Partei Kärntens und die Kärntner Volkspartei bekennen sich zu einem stabilen Landesbudget, zum Schuldenabbau und einer Haushaltsreform“. Dieser Satz findet sich im Regierungsprogramm 2018 – 2023 der Kärntner Landesregierung.

Einer der Dauerbrenner unter den Empfehlungen, die das KHS regelmäßig und seit vielen Jahren im Rahmen der Wirtschaftsberichte für das Land abgibt, ist die Aufforderung, Budgetüberschüsse zu erzielen, um Spielraum für wirtschaftspolitische Maßnahmen zu gewinnen. Bekanntermaßen ist die Pro-Kopf-Verschuldung Kärntens mit über 6000 Euro die höchste im Bundesländervergleich.

Wie auf Bundesebene, so gelingt es trotz besser makroökonomischer Rahmenbedingungen (hohes Wirtschaftswachstum, weiterhin extrem niedriges Zinsniveau, steigende Beschäftigung und abnehmende Arbeitslosigkeit) auch auf Ebene des Landes nicht, zumindest ein ausgeglichenes Budget zu erwirtschaften, und die Vorgabe des Stabilitätspakts kann nur durch Auflösung von fiktiven Reserven erfüllt werden. Das Beklagen von „Mindereinnahmen“, die sich unter anderem in Folge der Steuersenkung der Bundesregierung über den Finanzausgleich ergeben, ist dabei ein Ablenkungsmanöver. Das Landesbudget muss ausgaben-seitig saniert werden, weil einnahmeseitig dazu keine nennenswerten Möglichkeiten bestehen (für eine Föderalismusreform, die für die Bundesländer mehr Steuerautonomie bedeuten würde, will sich die Landesregierung nicht erwärmen). Zahlreiche Studien zeigen das hohe Einsparpotenzial bei den Ausgaben der Länder. So könnten gemäß einer aktuellen Untersuchung von EcoAustria die Bundesländer bis zu sechs Milliarden Euro einsparen (knapp tausend Euro pro Lohnzahlersteuer im Jahr!), wenn sie sich am jeweils effizientesten Bundesland orientierten. Dabei könnte das Leistungsniveau für die Bürger erhalten oder sogar gesteigert werden. Effizienzpotenziale bestehen vor allem in der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Verwaltung. Der Gamsbartföderalismus mit seinen ineffizienten und intransparenten Doppel- und Dreifachstrukturen verhindert einen effizienten Mitteleinsatz. Leider sperrt sich der Großteil der Bundesländer gegen mehr Transparenz.

Das zeigt sich auch daran, dass sie die Transparenzdatenbank nur sehr spärlich befüllen. Geld ausgeben will man schon, das Eintreiben überlässt man lieber dem Bund.

Aber vielleicht sollte man bezüglich des öffentlichen Schuldenmachens nicht so kleinkariert denken. Ein Unternehmen ohne Schulden ist ein Kuriosum, ein Land ohne Schulden gilt hingegen als wünschenswertes Ideal. Wenn eine Investition mehr Ertrag erwarten lässt als Kosten (Zinsen) für das Fremdkapital, erhöhen Investitionen mit Fremdkapital den Unternehmenswert, im Falle eines Landes das öffentliche Vermögen.

Schuldenbremsen und Maastrichtkriterien, an denen sich die Politik für die öffentlichen Haushalte orientiert, zielen darauf ab, Defizite und Schulden zu begrenzen – und zwar unabhängig davon, was mit den Ausgaben finanziert wird. Eine mögliche Auswirkung einer solchen Politik könne z.B. darin bestehen, Investitionen in Infrastruktur zu vernachlässigen. Wenn Abschreibungen größer sind als Investitionen, vermindert sich das Vermögen. Konsolidierungsbemühungen verleiten somit möglicherweise zum „Leben von der Substanz“ (der Vollständigkeit halber sollte aber auch angemerkt werden, dass es Überkapazitäten bei der Infrastruktur geben kann, z.B. Brücken im Nirgendwo, zu viele Autobahnen, oder Eisenbahntunnels ohne Aussicht auf sinnvolle Auslastung). Daher gibt es den Vorschlag im Sinne der Goldenen Regel der Finanzpolitik, staatliche Investitionen bei den Defizit-/Schuldenkriterien nicht zu berücksichtigen. Schulden stellen dabei angeblich kein allzu großes Problem dar, da in vielen Ländern das öffentliche Vermögen die Schulden bei weitem übersteige. Außerdem ist es ethisch vertretbar, kommenden Generationen Schulden zu hinterlassen, da sie von den heutigen Investitionen profitieren.

Das Kärntner Budget setze Impulse bei Forschung & Entwicklung und Infrastruktur ist damit – entgegen dem Regierungsübereinkommen – auch die Rechtfertigung für das Budgetdefizit im nächsten Jahr. Ähnlich argumentiert die italienische Regierung die Notwendigkeit eines höheren Budgetdefizits, wobei allerdings weniger öffentliche Investitionen im Vordergrund stehen als vielmehr die Finanzierung populärer Maßnahmen.

Ob die Investitionen der Kärntner Landesregierung die erhoffte gesellschaftliche Rendite abwerfen, ist äußerst unsicher, nicht nur angesichts der bereits hohen Verschuldung, sondern vor allem auch wegen des demografischen Wandels und der Abwanderung aus den peripheren Landesteilen.

Norbert Wohlgemuth

Bericht zur Wirtschaftslage

Der aktuelle Wirtschaftsbericht trägt angesichts der Proklamation des Jahres 2018 zum „Digitalen Jahr“ den Untertitel *Digitalisierung bietet Chancen für Kärnten*. Der Kärntner Wirtschaftsbericht ist der einzige Bundesländer-Wirtschaftsbericht, der auch Empfehlungen enthält. Diese werden im Folgenden auszugsweise präsentiert.¹

Die Idealkonstellation der wirtschaftlichen Entwicklung ist durch gravierende potentielle Risiken bedroht, die von Brexit über den politischen Umbruch in Italien, mit der Gefahr einer neuerlichen Schuldenkrise und einer Erschütterung des Euro-Währungsraumes, bis zur Gefährdung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch eine Spirale des Protektionismus und geopolitische Gefahrenherde reichen. Wenn man davon ausgehen muss, dass die Aufwärtsbewegung der letzten Jahre im Frühjahr 2018 ihren Höhepunkt erreicht hat und im kommenden Jahr eine Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet werden kann, ist damit der Zeitpunkt gekommen, durch Strukturreformen die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, um weiterhin eine positive Wirtschaftsentwicklung zu sichern. Das aktuell günstige konjunkturelle Umfeld sollte nicht dazu führen, bestehende Strukturschwächen und Reformnotwendigkeiten zu negieren und aufzuschieben, sondern zur Initiierung einer zukunftsweisenden Strategie zu nutzen, die zu einem langfristigen inklusiven Wachstum führt, d.h. zu einem Zuwachs von Wohlstand und Teilhabe für möglichst viele Menschen. Dies gilt auf nationaler Ebene, aber genauso auch für den relativ kleinen Wirtschaftsraum des Bundeslandes.

Am Beispiel der jüngst verkündeten Großinvestition von Infineon am Standort Villach wird beispielhaft deutlich, dass diese Investitionsentscheidung nicht zuletzt durch investorenfreundliche und rasche Entscheidungen und Investitionszusagen durch das Bundesland und die Stadtgemeinde bestimmt wurde. Damit zeigt sich, dass auch auf regionaler und lokaler Ebene eine Politik zur Erhöhung der Standortqualität und somit -attraktivität möglich ist. Dabei ist allerdings zu vermuten, dass manche Unternehmer des KMU-Sektors solche Presseberichte im Hinblick auf eigene

Erfahrungen mit der öffentlichen Verwaltung mit einer gewissen Bitterkeit aufgenommen haben. Rasche Entscheidungen sollten für alle Unternehmen, unabhängig von deren Größe, zu einer Selbstverständlichkeit werden. Ein wichtiger und richtiger Schritt in diese Richtung stellt die Einrichtung einer Wirtschaftsombudsstelle dar, die zur Beschleunigung von Verfahrensabläufen dienen soll. Immerhin ist es gemäß Regierungsprogramm 2018 – 2023 der neu gebildeten Landesregierung das Ziel, „eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung, den konsequenten Abbau von bürokratischen Hürden und wirtschaftshemmenden Regelungen nach einem Entbürokratisierungsmasterplan“ zu etablieren, um derart zum „unternehmerfreundlichsten Bundesland“ Österreichs zu werden. Das Regierungsprogramm sieht darüber hinaus die „konsequente Umsetzung des Standortprogramms der Kärntner Wirtschaft“ vor, das vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität und -attraktivität des Landes vorsieht und zügig und konsequent in Angriff genommen werden sollte.

Die Herausforderung für die Finanzpolitik des Landes liegt in der Notwendigkeit, langfristig und in kleinen Schritten die hohe Verschuldung des Landes abzubauen und gleichzeitig finanzielle Spielräume für zukunftssichernde Investitionen zu sichern. Hierzu ist es notwendig, die Effektivität und Effizienz in der Wahrnehmung der Aufgabenbereiche des Landes immer wieder zu überprüfen und in Einzelfällen auch als vom Land zu erbringende Leistung in Frage zu stellen. Abgesehen von der vom Bund initiierten Neubestimmung der Aufgabenwahrnehmung und -teilung im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden könnte eine „task force“ des Landes Möglichkeiten einer Aufgabenreform und Strukturverbesserung im eigenen Zuständigkeitsbereich identifizieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Land und Gemeinden dürfen hier die Analysen und Empfehlungen des sog. „Gemeindekonvents“ in Erinnerung gerufen werden, dessen vor Jahren vorgelegte Ergebnisse nur in beschränktem Umfang aufgenommen und umgesetzt wurden und neuerlich auf das Potenzial für Strukturverbesserungen geprüft werden sollten. Ein weiteres Instrument würde in Prüfungsaufträgen an den Landesrechnungshof für bestimmte Aufgabenbereiche liegen und möglicherweise auch in der Sichtung früherer Analysen und Empfehlungen dieser Institution. Dabei sei explizit auf die im März 2018 vorgestellten 309 noch offenen Empfehlungen des Landesrechnungshofs verwiesen. Beispielhaft kann in diesem Zusammenhang auf die im Österreichvergleich überdurchschnittlich großzügigen KABEG Gehälter hingewiesen werden, sowie auf die ausgegliederten Landes-

¹ Der vollständige Wirtschaftsbericht 2017/2018 ist verfügbar auf <https://www.ktn.gv.at/DE/repos/files/ktn.gv.at/Abteilungen/Abt7/Dateien/Wirtschaft/Wirtschaftspolitische%20Beirat/KIHS%20Endbericht17%2e18%2epdf?exp=489966&fps=ebe406475331c83f8c6d1152a1360b2eab4f8cd6>

gesellschaften und Beteiligungen des Landes, die zu aufgeblähten und teuren Strukturen und unnötigen Doppelgleisigkeiten führen. Berichte des Landesrechnungshofs zeigen auch, dass Einsparungen und Qualitätsverbesserungen in den verschiedenen Bereichen, z.B. bei Schulzusammenlegungen, keinen Widerspruch darstellen müssen.

Ein wichtiges Infrastruktur-Projekt stellt der weitere Ausbau des Glasfasernetzes für ein leistungsfähiges Internet dar. Ein glasfaserbasiertes Netz ist wiederum die Basis, auf der Mobilfunknetze nach dem 5G Standard aufsetzen können. Die beiden Technologien sind daher komplementär. Um die Kärntner Wirtschaft im Anpassungsprozess an die Digitalisierung zu unterstützen, kommt der Etablierung einer Digitalisierungsagentur des Bundes als zentrale Plattform für die Umsetzung wichtiger Digitalisierungsmaßnahmen, insbesondere im KMU-Bereich, besondere Bedeutung zu. Die zentrale Agentur soll im Weiteren durch „Digitale Innovation Hubs“ ergänzt werden, die die digitale Transformation durch ein Netzwerk regionaler Digitalzentren unterstützt, wiederum mit dem Schwerpunkt von Digitalisierungsprojekten von KMUs. Unterstützung erfährt diese Strategie auch durch die Einrichtung eines Studiengangs „Digital Business Management“ an der FH Kärnten. An der Alpen-Adria-Universität (AAU) Klagenfurt ist eine Stiftungsprofessur Industrie 4.0 in Besetzung, die Professur „Künstliche Intelligenz: Semantische Systeme“ wurde bereits besetzt. Weiters ist eine Professur „Künstliche Intelligenz: Machine Learning / Data Science“ geplant. Offensichtlich sollte dieser Entwicklung auch ein besonderes Augenmerk der Wirtschafts- und Förderpolitik gelten, wie dies u.a. im Digitalisierungskongress des Landes Kärnten und in der Ausrufung des Jahres 2018 zum „Digitalen Jahr“ zum Ausdruck kommt.

So zeigt die von Infineon angekündigte Investition auch die Wichtigkeit internationaler Kapitalströme für die Entwicklung der Digital Economy, gleichzeitig verändert diese die internationalen Produktions- und Investitionsmuster grundlegend. Eine wahrscheinliche Entwicklung sind dezentralere Produktionsstrukturen und vermehrtes Outsourcing von Dienstleistungen. Eine wesentliche Herausforderung stellt in diesem Zusammenhang das Überbrücken der Digitalen Kluft (auch innerhalb eines Bundeslandes) dar. Untersuchungen für Deutschland und die Schweiz zeigen, dass eine Versorgung von ländlichen Regionen mit Glasfaserleitungen keinen wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Regionen sicherstellt und das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land weiter zuzunehmen droht, da auch in einer digitalisierten Wirtschaft räumliche Distanz nach wie vor eine Rolle spielt.

Ein Hauptansatzpunkt für die Gestaltung der regionalen Entwicklung liegt im Bereich von Bildung und Qualifikation sowie von Wissensproduktion und -nutzung. „Humankapital“ und neues Wissen sind einerseits von übergeordneten, nicht beeinflussbaren Einflussfaktoren bestimmt (z.B. F&E-Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene), in ihrer Bedeutung für die regionale Entwicklung jedoch auch nutzbar und gestaltbar. Für die Effektivität einer entsprechenden regionalen Entwicklungspolitik ist entscheidend, das endogene Entwicklungspotenzial von Regionen zu identifizieren, zu nutzen und auch weiter auszubauen. Im umfassenderen Rahmen einer regionalen Entwicklungsstrategie, die im Masterplan ländlicher Raum zusammengeführt werden soll, müssen Bildungspolitik und F&E-Politik jedenfalls auf dieses Potenzial bezogen sein, wenn – im ungünstigsten Fall – die Abwanderung aus der Region nicht noch verstärkt werden soll. Das Bemühen der „Initiative für Kärnten“, Kärntner Studierende nach dem Studium wieder zurückzuholen, kann in diesem Zusammenhang als beispielhafte Aktivität erwähnt werden, ebenfalls die Initiative „Back to Carinthia“.

Kärnten weist im Bundesländervergleich den höchsten Anteil an erneuerbarer Energie auf, sowohl zur Elektrizitätserzeugung als auch im gesamten Energiemix des Landes. Es verfügt zusätzlich über nennenswerte Potenziale zur stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen (NAWAROS) und damit gute Voraussetzungen zur Etablierung als Bioökonomie-Region, d.h. einer Strategie zur konsequenten und umfassenden Substituierung von fossilen durch erneuerbare Ressourcen, nicht nur für energetische Zwecke. Neben der wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung im Bereich Mikroelektronik könnten zur Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Bestrebungen zur Errichtung eines Bioökonomie-Clusters intensiviert werden. Die bestehende Holzindustrie, gemeinsam mit dem Wood Carinthian Competence Center, stellt eine gute Basis dar, um z.B. im Bauwesen den Anteil von Holzbauten weiter zu erhöhen. Der Aussichtsturm auf dem Pyramidenkogel ist dafür ein Leuchtturmprojekt im wahrsten Sinne des Wortes. Für die öffentliche Hand gibt es diesbezüglich zahlreiche Möglichkeiten zum Einnehmen einer Vorbildfunktion. Naheliegend wäre auch das Einbringen der vorhandenen chemischen Industrie in einen solchen Cluster. Damit könnte in Zusammenhang mit dem Masterplan ländlicher Raum ein Beitrag zur Stärkung der heimischen Wirtschaftskreisläufe geschaffen werden.

Norbert Wohlgemuth

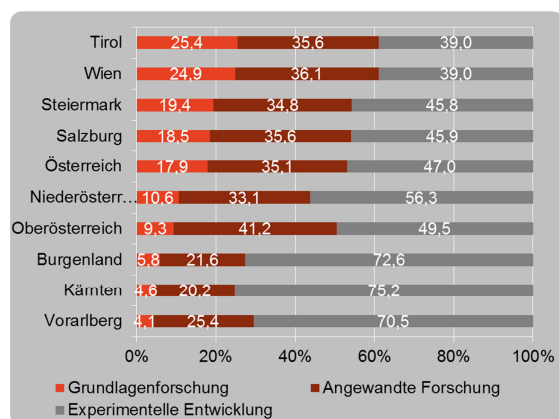
Forschungsleistung in Österreich

In Österreich werden im Durchschnitt 3,05 % des BIP für Forschung und experimentelle Entwicklung ausgegeben. Im Bundesländervergleich weist die Steiermark mit 5,14 % die mit Abstand höchste Forschungsquote auf, gefolgt von Wien (3,62 %) und Oberösterreich (3,15 %). Die geringsten Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung in Prozent des Bruttoregionalprodukts sind in Niederösterreich (1,74 %), Salzburg (1,50 %) und dem Burgenland (0,99 %) gegeben. Kärnten liegt mit 3,12 % über dem österreichischen Durchschnitt an vierter Stelle.

Kärnten gehört auch zu jenen Bundesländern, welche die Forschungsquote seit dem Jahr 2007 überdurchschnittlich steigern konnten. Während die Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung in Relation zum BIP im österreichischen Durchschnitt um 0,06 Prozentpunkte (%P) pro Jahr gestiegen sind, waren es in Kärnten – als auch Tirol – 0,10 %P pro Jahr. Einen höheren Wert konnten lediglich die Bundesländer Oberösterreich (0,11 %P) und die Steiermark (0,14 %P) verzeichnen (vgl. Statistik Austria, 2017, eigene Berechnung).

Der größte Anteil an Ausgaben im Forschungsbereich wird mit 47,0 % für Experimentelle Entwicklung getätigt, gefolgt von Angewandter Forschung (35,1 %) und Grundlagenforschung (17,9 %). Die Varianz in Bezug auf die Forschungsstruktur in den Bundesländern ist dabei sehr groß (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Forschungsausgaben nach Forschungsarten in den Bundesländern, 2015



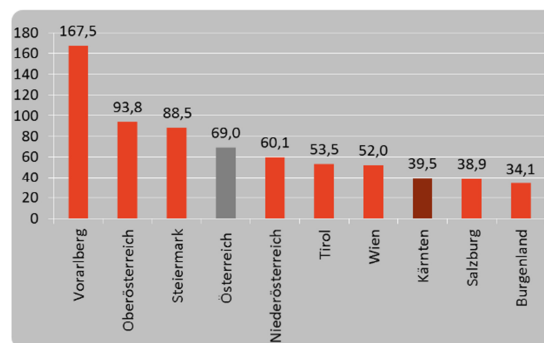
Quelle: Statistik Austria (2017) Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung 2015, eigene Darstellung.

So werden in Tirol und Wien lediglich 39,0 % für Experimentelle Entwicklung ausgegeben, während dies in Kärnten für 75,2 % gilt. Hingegen sind die Ausgaben für Angewandte Forschung mit 20,2 % in Kärnten am geringsten, bei einem Wert von 36,1 % in Wien. Die

Grundlagenforschung variiert zwischen 4,1 % in Vorarlberg und 25,4 % in Tirol.

Für das Investitionsverhalten in Forschung und Entwicklung kann auch die Förderung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) je Beschäftigter/m herangezogen werden. Ein Blick darauf zeigt, dass die Steiermark, Oberösterreich und Wien auch hier deutliche Spitzenreiter sind. Kärnten liegt gemeinsam mit Tirol im österreichischen Mittel, wobei sich von den genannten Ländern sowohl für Kärnten eine stagnierende Dynamik in den vergangenen fünf Jahren zeigt, mit der Gefahr künftig den Anschluss an die führenden Bundesländer zu verlieren.² Von Interesse erscheint in diesem Zusammenhang auch, dass in Kärnten der Finanzierungsanteil des Unternehmenssektors als auch des Öffentlichen Sektors deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt liegt; Kärnten liegt jeweils auf dem drittletzten Platz (42,4 % zu 49,7 % und 19,7 % zu 33,2 %; vgl. Statistik Austria, 2017, eigene Berechnung).

Abbildung 2: Erfindungsmeldungen je 100.000 Beschäftigten im Bundesländervergleich, 2017



Quelle: Österreichisches Patentamt (2017) sowie Hauptverband der Sozialversicherungsträger (2018), eigene Berechnung und Darstellung.

In Hinblick auf die Messung der Wirkung der Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung kann die Anzahl an Erfindungsmeldungen herangezogen werden. Dabei zeigt sich, dass die Anzahl an Erfindungsmeldungen relativ zu den Beschäftigten in einem Bundesland nur bedingt mit den Ausgaben für Forschung zu korrelieren scheint. So weist Vorarlberg mit Abstand den höchsten Wert auf, gefolgt von Oberösterreich und der Steiermark. In Kärnten, Salzburg und dem Burgenland liegen die geringsten Werte vor (vgl. Abbildung 2).

Birgit Aigner-Walder

² Vgl. für Details Aigner-Walder (2018): Kärnten im Bundesländervergleich. Bericht zur Wirtschaftslage des Landes Kärnten 2017/18, KIHS.

Die Außenhandelspolitik von Donald Trump

Inzwischen ist man die Twitter-Allüren von Donald Trump gewohnt. Sehr oft sehen sie nach unkontrollierten Affektansagen eines impulsiven Menschen aus, die dann, dank eines deutlich vernünftigeren Regierungsapparats, rechtzeitig entschärft werden. Manche Ankündigungen scheinen aber durchdachte Provokationen zu sein, um Verhandlungspartner zu verunsichern und so die eigene Position zu stärken. Was steckt aber hinter den Strafzöllen auf Importe? Erst kürzlich war an unserem Institut in Washington D.C. eine große Delegation des EU-Parlaments zu einer Diskussionsrunde anwesend, wo diese Frage mehrmals gestellt wurde.

An erster Stelle sollte man wohl den Wahlkampf nennen. Zahlreiche Experten behaupten, dass Trump beinahe vom ersten Tag an für seine Wiederwahl kämpft. Entscheidend sind dabei Siege in den „swing states“. Und so wird die Rhetorik von Donald Trump vor allem an seine Kernwähler und die swing states gerichtet. Von den fünf Staaten, die am meisten von den eingeführten Stahlzöllen profitieren sollen (Indiana, Pennsylvania, Alabama, Ohio und Michigan), ist lediglich Alabama ein sicherer Hafen für die Republikaner. Die anderen können als swing states angesehen werden. Insbesondere Pennsylvania und Michigan haben entscheidend zu seinem Sieg beigetragen. Und so passen die Strafzölle auf Stahl und Aluminium sehr gut seinem Wahlkampf.

Welche Rolle spielen aber die Strafzölle gegen China? Donald Trump mag offensichtlich keine multilateralen Konstrukte und schaut sich vor allem bilaterale Zahlen an und sieht dieses enorme Defizit. Dass durch die weltweite Nachfrage nach US Dollar die marktwirtschaftlichen Ausgleichsmechanismen gegen hohe Handelsdefizite ausgeschaltet sind, interessiert ihn dabei nicht. Seine Antwort: bessere Handelsvereinbarungen oder Handelskrieg. Nüchtern betrachtet sind die Auswirkungen der Zölle bei weitem nicht so dramatisch wie oft dargestellt. In einem Land, in dem 77 % der Wirtschaftsleistung aus dem Dienstleistungssektor kommen und Exporte für Güter und Dienstleistungen lediglich 13,4 % zum BIP betragen, haben Strafzölle eine recht überschaubare Auswirkung. Außerdem zeigen Umfragen, dass sich die Amerikanerinnen und Amerikaner recht wenig für Außenhandelsthemen interessieren. Warum spielt das aber dennoch eine so große Rolle in seinem Wahlkampf? Ein wichtiger Aspekt zur Beantwortung sind die Effekte im Zusammenhang mit der Globalisierung. Diese bringt zwar einer Volkswirtschaft eine höhere Produktion und somit einen höhe-

ren Lebensstandard, aber dieser ist deutlich ungleicher verteilt. Viele Jobs in der Industrie fallen weg bzw. wandern nach China. Wobei man durch die Digitalisierung selbst in China bald mit dem ähnlichen Problem konfrontiert sein wird. Die Leute verlieren Jobs, es entstehen aber viele neue, vor allem in den Dienstleistungsbranchen. Da muss der Staat ausgleichend eingreifen und entsprechend das Bildungssystem anpassen. Als Referenz: An der Johns Hopkins kostet ein Studienjahr knapp 70.000 Dollar, und ein Schuljahr an einer privaten Volksschule knapp 30.000 Dollar. Deshalb gibt es viele Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen. In Washington hört man, dass sich die Demokraten dessen auch bewusst sind und Clinton wahrscheinlich ebenfalls die Außenhandelspolitik mit China überdenken würde. Trump macht es nur deutlich direkter. Interessant ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass in den USA sehr oft die Bezeichnung „trade war“ und in China „trade dispute“ verwendet wird. Das zeigt, dass das Ziel darin besteht, eher Emotionen zu wecken. Bedeutet das aber, dass man diesen „Handelskrieg“ auf die leichte Schulter nehmen soll? Wohl nicht. Die kurzfristigen Auswirkungen mögen überschaubar sein, die langfristigen Effekte können aber deutlich dramatischer ausfallen. Aber das langfristige Denken ist kaum üblich, die nächsten Wahlen sind ja schließlich bereits in zwei Jahren.

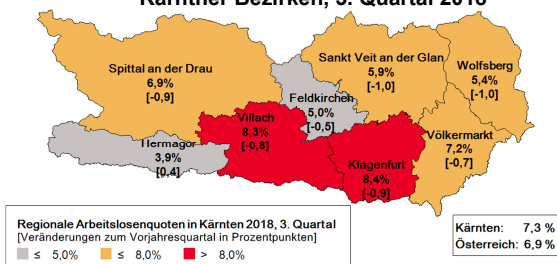
In Washington setzt sich die Meinung durch, dass die aktuelle Entwicklung keine kurzfristige Abkühlung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu sein scheint, stattdessen könnte viel mehr ein neuer Trend dahinter stecken. Was kann Europa dagegen tun? Kurzfristig recht wenig. Eine sehr wichtige Rolle des Problems in den USA spielt die Unfähigkeit (Unwilligkeit?) der Staatsmacht, für eine bessere Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu sorgen bzw. die Transformation der Gesellschaft zum digitalen Zeitalter besser zu gestalten. Bildung spielt dabei eine entscheidende Rolle, aber auch Initiativen zur Steigerung von unternehmerischem Denken und Ideenentwicklung.

Dmitri Blüschke, Assoziierter Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, ist derzeit ein Marshall Plan Foundation Fellow an der John Hopkins University, School of Advanced International Studies, in Washington D.C.

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 3. Quartal 2018



Quelle: AMS (2018, online);
eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

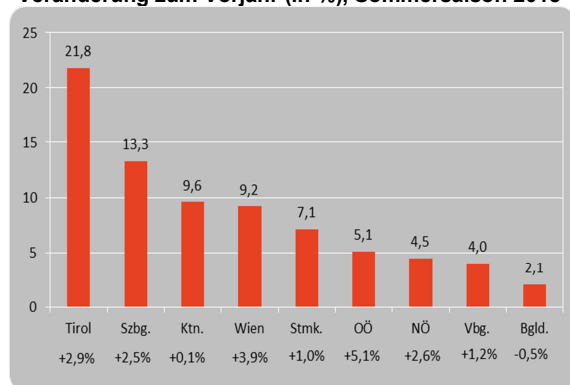
Beschäftigte und Erwerbstätigenquote (55-64 Jahre) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2017

Region	Beschäftigte		Erwerbstätigenquote	
	in 1.000	Δ 16-17	in %	Δ 16-17
Österreich	581,9	8,2%	51,3%	2,1
Veneto	341,9	10,2%	52,9%	3,8
Slowenien	125,9	11,6%	42,7%	4,2
Steiermark	79,8	6,7%	47,7%	1,4
Friaul	91,2	7,9%	55,6%	3,2
Tirol	51,0	7,1%	55,1%	1,6
Salzburg	39,0	4,8%	54,8%	0,8
Kärnten	37,5	8,4%	45,9%	2,3
Südtirol	40,2	10,1%	64,1%	3,6
Trentino	40,6	5,5%	57,5%	1,7

Quelle: Eurostat (2018, online);
eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Tourismus

Vorläufige Übernachtungsergebnisse (in Mio.) sowie Veränderung zum Vorjahr (in %), Sommersaison 2018



Quelle: Statistik Austria (2018, online);
eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
office@kihs.at
E-Mail:
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 07.12.2018

Konjunkturprognose

Konjunkturprognose für Österreich und den Alpen-Adria Raum

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2016	2017	2018	2019
BIP Österreich (real)	2,0	2,7	2,7	1,7
BRP Kärnten (real)	1,0	4,5*	2,8	1,9
BIP Italien (real)	1,0	1,6	1,2	1,1
BIP Slowenien (real)	3,1	4,9	4,5	3,4

Quellen: OECD (2016, online); Statistik Austria (*2017: Kärnten: vorläufige Zahlen) BIP/BRP Jahresprognose: IHS Wien bzw. KIHS (Stand Oktober 2018); eigene Darstellung KIHS

Staatseinnahmen

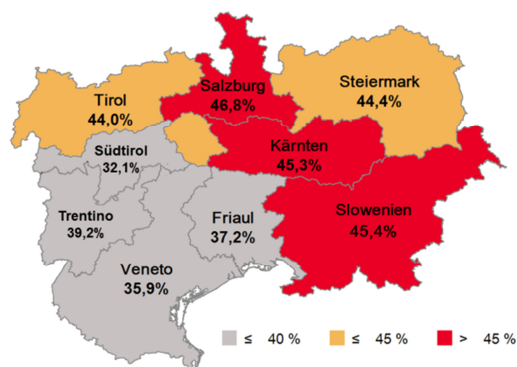
Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen (einschließlich unterstellter Sozialbeiträge) nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist (in % des BIPs), Top-10 (EU/Euro Raum)

Land/Region	2015	2016	2017
EU	39,7	39,9	40,2
Euro Raum	41,2	41,2	41,4
Frankreich	47,7	47,7	48,4
Belgien	47,5	46,7	47,3
Dänemark	47,3	46,8	46,5
Schweden	43,6	44,8	44,9
Finnland	44,0	44,2	43,4
Österreich	43,9	42,6	42,4
Italien	43,3	42,5	42,4
Griechenland	39,8	41,9	41,8
Deutschland	39,8	40,2	40,5
Luxemburg	38,8	39,4	40,3

Quelle: Eurostat (2018, online);
eigene Darstellung KIHS

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik

Personen mit tertiärer Bildung (ISCED) und/oder mit wissenschaftlich-technischer Berufstätigkeit, Anteil der Erwerbspersonen, 2017



Quelle: Eurostat (2018, online);
eigene Berechnungen und Darstellung KIHS